Stadtverordnetenversammlung

Protokoll Nr. STV/06/2015

über die öffentliche Sitzung
der Stadtverordnetenversammlung am 22.06.2015,
Ahrensburg, Reithalle des Marstalls

Beginn der Sitzung : 19:30 Uhr
Ende der Sitzung : 21:35 Uhr

Anwesend

Vorsitz

Herr Roland Wilde

Stadtverordnete

Frau Carola Behr

Herr Thomas Bellizzi

Frau Doris Brandt

Herr Christian Conring

Herr Claas-Christian Dähnhardt

Herr Jürgen Eckert

außer TOP 17 wegen Befangenheit

Herr Peter Egan

Herr Jörg Hansen

Frau Anna-Margarete Hengstler

Herr Dr. Ernst-Jürgen Hoffmann

Herr Dustin Holzmann

Herr Dirk Langbehn

Herr Detlef Levenhagen

Frau Monja Löwer

außer TOP 14

Herr Hartmut Möller

Frau Marleen Möller

Frau Sybille Ott

Herr Jochen Proske

Herr Bela Randschau

Herr Achim Reuber

Herr Hinrich Schmick

Frau Karen Schmick

Herr Christian Schmidt

Herr Christian Schubbert-von Hobe

Herr Matthias Stern

außer TOP 17 teilweise

Herr Michael Stukenberg

Frau Doris Unger

Herr Olaf Waskow

Weitere Stadtverordnete, Beiratsmitglieder

Herr Angelius Krause
Frau Karin Düwel
Herr Yannick Klix

Behindertenbeirat bis TOP 14
Seniorenbeirat bis TOP 14
Kinder- und Jugendbeirat
bis TOP 14

Verwaltung

Herr Michael Sarach
Herr Horst Kienel
Herr Thomas Reich
Herr Ulrich Kewersun
Herr Henning Wachholz
Frau Angelika Andres
Frau Juliane Ahlers
Herr Mathias Horsch
Frau Birgit Reuter

bis TOP 14
bis TOP 4
Veranstaltungstechnik
Protokollführerin

Entschuldigt fehlt/fehlen

Stadtverordnete

Herr Rafael Haase
Herr Tobias Koch

Behandelte Punkte der Tagesordnung:

1. Begrüßung und Eröffnung der Sitzung
2. Feststellung der Beschlussfähigkeit
3. Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse
4. Einwohnerfragestunde
5. Festsetzung der Tagesordnung
6. Einwände gegen die Niederschrift Nr. 05/2015 vom 18.05.2015
7. Berichte/Mitteilungen des Bürgermeisters
 - 7.1. Berichte gem. § 45 c GO
 - 7.1.1. Tabellarische Aufstellung über die Ausführung von Beschlüssen
 - 7.1.2. Finanzbericht Nr. 11/2015
 - 7.2. Sonstige Berichte/Mitteilungen
 - 7.2.1. Abschnittsweise Sanierung der Schmutzwasserhauptkanäle und Anschlussleitungen in der Stormarnstraße und der Gustav-Delle-Straße
 - 7.2.2. Gasnetzsanierung 2015 im Netzgebiet der Stadtwerke Ahrensburg
 - 7.2.3. Sitzung der Fluglärmschutzkommission am 12.06.2015
 - 7.2.4. Widerrechtliche Plakatierung im Stadtgebiet
 - 7.2.5. Kommunalwahlen in der Partnerstadt Esplugues
 - 7.2.6. Bodenuntersuchung Pionierweg
 - 7.2.7. Neubau von vier Wohngebäuden als Notunterkünfte in Ahrensburg
8. Ehrung eines Stadtverordneten für seine 10-jährige ehrenamtliche Tätigkeit
9. Resolution zu TTIP, TISA und CETA "Kommunale Daseinsvorsorge nicht durch Freihandelsabkommen gefährden" - Antrag von Bündnis 90/Die Grünen

AN/027/2015

10.	Stadtmarketing Ahrensburg
- Bereitstellung von außerplanmäßigen Mitteln gemäß § 95 d
GO	2015/052/1
11.	Satzung über Ehrungen verdienstvoller Persönlichkeiten durch
die Stadt Ahrensburg
- a b g e s e t z t -	2015/057
12.	Erlass der 1. Nachtragshaushaltssatzung 2015
- Beschlussfassung über den 1. Nachtragsstellenplan 2015	2015/074/1
13.	Erlass der 1. Nachtragshaushaltssatzung 2015	2015/072/1
14.	Feststellung des Jahresabschlusses 2014 und Behandlung
des Jahresergebnisses der Stadtbetriebe Ahrensburg	2015/079

1. **Begrüßung und Eröffnung der Sitzung**

Bürgermeister Wilde begrüßt die Anwesenden und eröffnet die Sitzung.

2. **Feststellung der Beschlussfähigkeit**

Bürgermeister Wilde stellt die Beschlussfähigkeit fest.

3. **Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse**

In der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 18.05.2015 wurden folgende Beschlüsse in nicht öffentlicher Sitzung gefasst:

1. Die Stadt Ahrensburg verkauft ein Erbbaurechtsgrundstück im Akazienstieg in einer Größe von 1.040 m² an die Erbbauberechtigten.
2. Die Stadt Ahrensburg erlässt die ausstehenden Gewerbesteuerforderungen für die Jahre 2002 – 2006 in Höhe von insgesamt 30.720 €.

4. **Einwohnerfragestunde**

Auf Anfrage von **Frau Sigrid Steinweg** zur erforderlichen Erneuerung des Moorwanderweges führt Bürgermeister Sarach aus, dass die Erneuerung der Moorwanderwegbrücke Gegenstand der Beratungen der letzten Umweltausschusssitzung war. Nach Bereitstellung von weiteren Entscheidungsgrundlagen gibt es noch Beratungsbedarf. Bürgermeister Sarach bedauert, dass Zahlen in der Presse veröffentlicht worden sind, die jeglicher Grundlage entbehren, zumal zurzeit lediglich mit Preisschätzungen gearbeitet wird. Bundesweit besteht kein vergleichbares Gesamtprojekt. Einhellige Auffassung sowohl der Verwaltung als auch der Selbstverwaltung ist, dass eine Sanierung oder ein kompletter Neubau, der voraussichtlich mit 1/3 der Gesamtsumme gefördert wird, erfolgen soll.

Auf Nachfrage von **Frau Sigrid Steinweg** zur Vorstellung der Bürgermeisterkandidaten berichtet Bürgervorsteher Wilde, dass die öffentliche Vorstellung der für die Bürgermeisterwahl/Bürgermeisterinnenwahl zugelassenen Bewerber und Bewerberinnen am 17.09.2015 mit Beginn um 19:00 Uhr im Alfred-Rust-Saal in der Selma-Lagerlöf-Gemeinschaftsschule stattfindet. Die öffentliche Vorstellung wird von dem geschäftsführenden Vorstandsmitglied des Städteverbandes Herrn Jochen von Allwörden moderiert.

5. Festsetzung der Tagesordnung

Zum Tagesordnungspunkt 9 wurde aufgrund unterschiedlicher Auffassungen des Wissenschaftlichen Dienstes zur Befassungs- und Beschlusskompetenz der Kommunalvertretungen im Hinblick auf internationale Freihandelsabkommen und des deutschen Landkreistages in Berlin eine Stellungnahme zur Beschluss- und Befassungskompetenz der Stadtvertretung durch die Kommunalaufsicht des Ministeriums für Inneres und Bundesangelegenheiten des Landes Schleswig-Holsteins, Referat Kommunales Verfassungsrecht, eingeholt. Danach wird die in dem Infobrief des Wissenschaftlichen Dienstes des Deutschen Bundestages vom 11.02.2015 – WD 3 – 3000 - 035/15 - vertretende Auffassung, dass eine Befassungs- und Beschlusskompetenz mit internationalen Freihandelsabkommen generell für Gemeinde- und Stadtvertretungen nicht besteht, nicht geteilt. Nach Auffassung der Kommunalaufsicht sind im Verfahren zu TTIP ausreichend Bezugspunkte zu finden, die einen kommunalen Bezug aufweisen. Die Befassung einer Stadtvertretung ist dann gegeben, soweit sich die Stadtvertretung mit den möglichen Auswirkungen des Freihandelsabkommens auf ihr konkretes Gemeindegebiet auseinandersetzt. Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen haben entsprechend mit Antrag Nr. AN/027.1/2015 mögliche Auswirkungen des Freihandelsabkommens auf die Stadt Ahrensburg beschrieben.

Bürgermeister Sarach beantragt, die Vorlage 2015/063/1 „Personalangelegenheit“ im Wege der Dringlichkeit auf die Tagesordnung der Stadtverordnetenversammlung zu setzen. Die Stadtverordneten stimmen dem Antrag des Bürgermeisters mit der erforderlichen Mehrheit von 2/3 der gesetzlichen Zahl der Stadtverordneten zu.

Abstimmungsergebnis: Alle dafür

Bürgermeister Sarach beantragt ebenfalls, die Vorlage 2015/089 „Grundstücksangelegenheit“ im Wege der Dringlichkeit in nicht öffentlicher Sitzung zu behandeln. Die Stadtverordneten stimmen dem Antrag mit der erforderlichen Mehrheit von 2/3 der gesetzlichen Zahl der Stadtverordneten zu.

Abstimmungsergebnis: Alle dafür

Bürgermeister Sarach beantragt, die Vorlage 2015/064 „Grundstücksangelegenheit“ von der Tagesordnung der Stadtverordnetenversammlung abzusetzen. Es besteht keine Erforderlichkeit der Beratung in der Stadtverordnetenversammlung, da kein Beschluss mit einer Verpflichtung zur Ausführung für den Bürgermeister besteht. Die Stadtverordneten stimmen dem Antrag zu.

Abstimmungsergebnis: Alle dafür

Entsprechend der Beratung im Hauptausschuss am 15.06.2015 besteht weiterer Beratungsbedarf über die Satzung über Ehrungen verdienstvoller Persönlichkeiten durch die Stadt Ahrensburg, sodass der Hauptausschuss diese Beratung in den Ältestenrat verwiesen hat. Die Stadtverordneten stimmen der Absetzung dieses Tagesordnungspunktes von der Tagesordnung der Stadtverordnetenversammlung mit der erforderlichen Mehrheit zu.

Anschließend stimmen die Stadtverordneten der Beratung der Tagesordnungspunkte 15 „Grundstückangelegenheit“ Vorlagen-Nr. 2015/076, 18 „Personalangelegenheit“ Vorlagen-Nr. 2015/063/1 und 17 „Grundstücksangelegenheit“ Vorlagen-Nr. 2015/089 in nicht öffentlicher Sitzung mit der erforderlichen Mehrheit von 2/3 der gesetzlichen Zahl der Stadtverordneten zu.

Abstimmungsergebnis: Alle dafür

Die Stadtverordneten stimmen anschließend mit oben genannten Änderungen der mit Einladung vom 10.06.2015 versandten Tagesordnung zu.

Abstimmungsergebnis: Alle dafür

6. Einwände gegen die Niederschrift Nr. 05/2015 vom 18.05.2015

Einwände gegen die Niederschrift bestehen nicht.

7. Berichte/Mitteilungen des Bürgermeisters

7.1. Berichte gem. § 45 c GO

7.1.1. Tabellarische Aufstellung über die Ausführung von Beschlüssen

Siehe Anlage

7.1.2. Finanzbericht Nr. 11/2015

Siehe Anlage

7.2. Sonstige Berichte/Mitteilungen

7.2.1. Abschnittsweise Sanierung der Schmutzwasserhauptkanäle und Anschlussleitungen in der Stormarnstraße und der Gustav-Delle-Straße

Bürgermeister Sarach teilt mit, dass die Stadtbetriebe zurzeit bis voraussichtlich Ende Juli in zwei Bauabschnitten den öffentlichen Schmutzwasserhauptkanal und partiell öffentliche Schmutzwasserhausanschlussleitungen in der Stormarnstraße und in der Gustav-Delle-Straße sanieren.

Der 1. Bauabschnitt umfasst die Stormarnstraße vom Parkplatz Alte Reitbahn bis zur Friedensallee.

Der 2. Bauabschnitt betrifft die Gustav-Delle-Straße ab Einmündung Rosenweg bis Haus Nr. 16.

Bei den Arbeiten handelt es sich um geschlossene Sanierungen, das bedeutet, dass keine Aufgrabungen in der Straße vorgenommen werden müssen. Die Arbeiten erfolgen weitestgehend unter partieller halbseitiger Sperrung der Straße, sodass nur mit geringen Verkehrsbeeinträchtigungen zu rechnen ist. Aufgrund der ungünstigen Lage von einzelnen Kontrollschächten wird es nach dem derzeitigen Stand der Planung zu einzelnen Nachteilsätzen kommen müssen.

Die Baukosten belaufen sich auf insgesamt ca. 665.000 €. Diese Ausgaben sind vollständig durch die Schmutzwassergebühr gedeckt, sodass die Anwohner nicht mit Kosten belastet werden.

7.2.2. Gasnetzsanierung 2015 im Netzgebiet der Stadtwerke Ahrensburg

Die Stadtwerke Ahrensburg GmbH werden auch in diesem Jahr in verschiedenen Ahrensburger Straßen ältere Gasversorgungsleitungen austauschen.

Gestartet wird voraussichtlich ab der 24. Kalenderwoche ab 08.06.2015 im Reesenbüttler Redder. Die Maßnahme teilt sich in drei Bauabschnitte.

Begonnen wird in dem Abschnitt zwischen Waldemar-Bonsels-Weg und Rantzaustraße.

Anschließend folgen der Bereich zwischen Rantzaustraße und Am Haidschlag sowie der Bereich Rosenweg bis Waldemar-Bonsels-Weg.

Weiterhin sind noch Sanierungen in der Straße Am Haidschlag zwischen Reesenbüttler Redder und Schimmelmanstraße und im Eichenweg geplant.

Im Zuge der Maßnahmen werden zeitgleich Leerrohre für die Telekommunikation mit verlegt.

Alle betroffenen Anwohner/innen werden vor Beginn der Arbeiten noch einmal schriftlich benachrichtigt.

7.2.3. Sitzung der Fluglärmenschutzkommission am 12.06.2015

Bürgermeister Sarach berichtet, dass vor Beginn der Sitzung der Fluglärmenschutzkommission eine Bürgerfragestunde stattfand, in der eingereichte Fragen von Bürgerinnen und Bürgern beantwortet worden sind. Die 30 Mitglieder der Fluglärmenschutzkommission können lediglich empfehlende Beschlüsse fassen. Die abschließende Entscheidung liegt bei der Deutschen Flugsicherung. Die Kommission ist fachlich sehr gut besetzt. Auf der Internetseite der Stadt Ahrensburg www.Ahrensburg.de können sich Interessierte unter der Rubrik 'Umwelt/Umweltplanung/Fluglärm' u. a. über die Sitzung informieren.

7.2.4. Widerrechtliche Plakatierung im Stadtgebiet

Bürgermeister Sarach berichtet, dass die Stadt Ahrensburg Strafantrag wegen Sachbeschädigung gegen den Verantwortlichen, der wiederholt widerrechtlich im Stadtgebiet wild plakatiert hat, gestellt hat. Er ruft die Bürger der Stadt Ahrensburg auf, sofern diese auch von einer widerrechtlichen Plakatierung betroffen sind, einen Strafantrag zu stellen und Schadensersatz bei demjenigen zu fordern, der die Plakate unberechtigt angebracht hat.

7.2.5. Kommunalwahlen in der Partnerstadt Esplugues

Die bisher amtierende Bürgermeisterin in Esplugues, Frau Pilar Díaz, ist am 13.06.2015 wieder zur Bürgermeisterin von Esplugues gewählt worden.

Frau Pilar Díaz ist mit elf Stimmen (neun PSC und zwei CIU) von insgesamt 21 zur Bürgermeisterin gewählt worden.

7.2.6. Bodenuntersuchung Pionierweg

Bürgermeister Sarach berichtet, dass im Rahmen der Bodenuntersuchungen im Pionierweg Rückstände insbesondere von Kupfer und Blei vorgefunden worden sind. Zurzeit erfolgt eine exakte Analyse. Anschließend wird eine Beratung über die Entsorgung erfolgen. Die Maßnahme am Pionierweg ist aus diesen Gründen zunächst zurückgestellt worden.

7.2.7. Neubau von vier Wohngebäuden als Notunterkünfte in Ahrensburg

Bürgermeister Sarach berichtet, dass voraussichtlich bei dem von der Stadtverordnetenversammlung beschlossenen Neubau von vier Wohngebäuden als Notunterkünfte für Flüchtlinge in Ahrensburg eine Kostensteigerung von 10 % zu erwarten ist. Die abschließenden Ausschreibungsergebnisse liegen am 14.07.2015 vor. Der Planansatz beträgt 1,7 Mio. €. Bei Vorliegen der abschließenden Ausschreibungsergebnisse am 14.07.2015 bedarf es grundsätzlich eines Beschlusses der Stadtverordnetenversammlung, um die Mehrkosten zu kompensieren.

Da die kommende Sitzung der Stadtverordnetenversammlung erst im September nach der Sommerpause stattfindet, schlägt Bürgermeister Sarach vor, dass er die Mittel im Rahmen einer Eilentscheidung zur Verfügung stellt, damit die Baumaßnahme für die Flüchtlingsunterkünfte zeitnah realisiert werden kann.

Stadtverordneter Bellizzi schlägt vor, die Mittel im Rahmen des Nachtragshaushaltes, der auf der heutigen Sitzung der Stadtverordnetenversammlung auf der Tagesordnung steht, bereitzustellen. Bürgermeister Sarach erklärt, dass die 10%ige Kostensteigerung zurzeit noch relativ ungesichert sei. Sofern die Stadtverordneten jedoch bereit sind zuzustimmen, hat er keine Bedenken gegen die Bereitstellung der Mittel im Nachtragshaushalt.

8. Ehrung eines Stadtverordneten für seine 10-jährige ehrenamtliche Tätigkeit

Bürgervorsteher Wilde ehrt den Stadtverordneten Herrn Levenhagen für seine 10-jährige Tätigkeit.

Stadtverordneter Levenhagen ist seit dem 30.05.2005 aktiv in der Kommunalpolitik - zunächst als Bürgerliches Mitglied und dann ab dem 24.11.2008 als Stadtverordneter – tätig. Er war bzw. ist in zahlreichen Ausschüssen engagiert, wie Finanzausschuss, Umweltausschuss, Hauptausschuss, Sozialausschuss, Werkausschuss, Ältestenrat, Bau- und Planungsausschuss, aber auch im Aufsichtsrat badlantic, Mitgliederversammlung Städtebund und im Aufsichtsrat Stadtwerke. Zurzeit liegen sein Hauptaugenmerk auf dem Hauptausschuss, Sozialausschuss, dem Aufsichtsrat Stadtwerke und dem Aufsichtsrat badlantic.

Bürgervorsteher Wilde dankt ihm für seine jahrelange Arbeit und sein Engagement und überreicht ihm eine Urkunde mit einem Präsent.

9. Resolution zu TTIP, TISA und CETA "Kommunale Daseinsvorsorge nicht durch Freihandelsabkommen gefährden" - Antrag von Bündnis 90/Die Grünen

Stadtverordneter Schmidt stellt den Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen AN/027/2015 sowie AN/027.1/2015 vor. Er verweist darauf, dass durch die Freihandelsabkommen die kommunale Daseinsvorsorge, insbesondere die Stadtbetriebe, die Volkshochschule bzw. sämtliche von der Stadt geförderten Bildungseinrichtungen gefährdet sein könnten, sodass deshalb die kommunale Daseinsvorsorge aus dem Freihandelsabkommen ausgenommen werden sollte. Bei den Freihandelsabkommen sei außerdem keine Transparenz gewährt. Die kommunale Daseinsvorsorge sollte so, wie sie jetzt ist, erhalten bleiben. Er bittet die Stadtverordneten deshalb, sich der von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vorgeschlagenen Resolution anzuschließen.

Stadtverordneter Dr. Hoffmann erklärt im Namen der CDU-Fraktion, dass die Platzierung eines derart weltumfassenden Themas hier in Ahrensburg allein für unangebracht sei. Als Stadtparlament sei die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Ahrensburg aufgerufen, die örtlichen Probleme zu lösen, während für die internationalen Probleme insbesondere der Bund zuständig sei. Die Belange der Kommunen seien durch das Grundgesetz geschützt. Bei einem Eingriff in die kommunale Daseinsvorsorge besteht die Möglichkeit, über die Verfassung rechtlich vorzugehen. Ein Eingriff in die kommunale Daseinsvorsorge werde entsprechend für unwahrscheinlich gehalten. Es könnte zu vielen internationalen Themen ständig Resolutionen abgegeben werden, diese würden jedoch nur die Arbeit der Stadtverordnetenversammlung behindern und im Großen und Ganzen keine Veränderungen bewirken. Die CDU-Fraktion wird deshalb dagegen stimmen.

Stadtverordneter Möller erklärt, dass die SPD-Fraktion der Resolution zustimmen wird. Ob die kommunale Daseinsvorsorge tatsächlich gefährdet werde, sei nicht bekannt, zumal nicht bekannt sei, was endgültig in diesen Verträgen festgeschrieben werde. Nach Hörensagen gäbe es jedoch Bestrebungen, Privatisierungen durchzusetzen, die auch Auswirkungen auf Ahrensburg haben könnten. Die SPD-Fraktion würde diese Resolution als Appell sehen, dass mögliche Gefährdungen, die gesehen werden, nicht eintreten.

Stadtverordneter Bellizzi erklärt, dass eine entsprechende Resolution vom Kreistag verabschiedet worden sei. Im Rahmen der Freihandelsabkommen sollen keine grundlegenden Gesetze zum Schutz von Mensch und Umwelt aufgehoben werden, sondern es geht darum, sich überall dort anzunähern, wo es möglich sei. Entsprechend der öffentlichen Drucksachen des Bundestages und der dazugehörigen schriftlichen Anfragen handele es sich um falsche Behauptungen, dass „wenn TTIP komme, die Wasserwerke gefährdet seien“. Im Verhandlungsmandat der Europäischen Kommission zu TTIP sei verankert, dass die hohe Qualität der öffentlichen Daseinsvorsorge in der EU erhalten bleibe. Für die Daseinsvorsorge sei daher im Verhandlungsmandat eine weitere Ausnahme verankert.

**10. Stadtmarketing Ahrensburg
- Bereitstellung von außerplanmäßigen Mitteln gemäß § 95 d GO**

Stadtverordneter und Vorsitzender des Hauptausschusses Herr Schmick hält den Sachvortrag.

Im Anschluss an den Sachvortrag erklärt Stadtverordneter Schmick, dass er das Stadtmarketing befürworte, sich dennoch der Stimme bei der Beschlussfassung zur Bereitstellung von außerplanmäßigen Mitteln gemäß § 95 d GO für das Stadtmarketing Ahrensburg enthalten werde, da die Kosten für den Workshop zu pauschal und nicht nachvollziehbar seien.

Stadtverordneter Stukenberg erklärt, dass die FDP-Fraktion das Stadtmarketing mit einem einzurichtenden Workshop begrüßt. Er bemängelt, dass nicht die rechtlichen Voraussetzungen des § 95 d GO für die Bereitstellung von außerplanmäßigen Mitteln vorliegen würden; die Mittel hätten im Rahmen des heute auf der Tagesordnung stehenden Nachtragshaushalts berücksichtigt werden können. Er bittet die Verwaltung, in Zukunft von dem § 95 d GO deutlich weniger Gebrauch zu machen bzw. ausschließlich bei Vorliegen der Tatbestandsmerkmale.

Stadtverordneter Levenhagen plädiert im Namen der CDU-Fraktion dafür, dem Beschlussvorschlag und damit der Bereitstellung der Mittel zur Vorbereitung des Prozesses Stadtmarketing in Höhe von 15.000 € zuzustimmen. In Relation zu einem Gesamthaushalt von 60 Mio. € seien diese Ausgaben für die Vorbereitung des Prozesses Stadtmarketing angemessen. Die aus dem Workshop zu entwickelnden Maßnahmen würden von der Verwaltung durchgeführt, sodass insofern Kosten wieder eingespart werden.

Anschließend stimmen die Stadtverordneten dem Beschlussvorschlag der Vorlagen-Nr. 2015/52.1 zu.

Abstimmungsergebnis:

**26 dafür
3 Enthaltungen**

11. **Satzung über Ehrungen verdienstvoller Persönlichkeiten durch die Stadt
Ahrensburg**

— *a b g e s e t z t* —

**12. Erlass der 1. Nachtragshaushaltssatzung 2015
- Beschlussfassung über den 1. Nachtragsstellenplan 2015**

Stadtverordneter und Vorsitzender des Hauptausschusses Herr Schmick hält den Sachvortrag.

Stadtverordneter Bellizzi erklärt, dass die FDP-Fraktion dem Nachtragsstellenplan, der sich auf das im Hauptausschuss vorgestellte Organisationsgutachten beziehe, zustimmen wird.

Stadtverordneter Dähnhardt erklärt im Namen der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, dass es zwar Handlungsbedarf gäbe, jedoch die zusätzliche Bereitstellung von Stellen nicht zum Erfolg führe, sondern die Führung gestärkt werden sollte mit einer klaren Aussage über eine zukünftige Teilung der dem Posten zugeordneten Tätigkeiten.

Bürgermeister Sarach erklärt, dass ihm diese Maßnahme die Handlungsfähigkeit gebe, Personalmaßnahmen umsetzen zu können, damit die Jahresabschlüsse zukünftig in eigener Verantwortung gefertigt werden können.

Anschließend stimmen die Stadtverordneten dem Beschlussvorschlag der Vorlagen-Nr. 2015/074/1 zu.

Abstimmungsergebnis:

24 dafür
3 dagegen
2 Enthaltungen

13. **Erlass der 1. Nachtragshaushaltssatzung 2015**

Stadtverordneter und Vorsitzender des Finanzausschusses Herr Conring hält den Sachvortrag. Der Finanzausschuss hat im Rahmen seiner Zuständigkeit empfohlen, dem Beschlussvorschlag zuzustimmen.

Im Anschluss an den Sachvortrag erklärt Stadtverordneter Conring im Namen der CDU-Fraktion, dass ein verbessertes sehr gutes Ergebnis im Ergebnishaushalt vorliege und somit im fünften Jahr infolge ein Gewinn erwirtschaftet worden sei. Nach fünf Jahren der Konsolidierungswirtschaft sei jedoch erstmals eine Neukreditaufnahme in Höhe von 2 Mio. € erforderlich.

Gemäß Verfügung des Ministeriums für Inneres und Bundesangelegenheiten zur Genehmigung des Haushalts 2015 vom 01.04.2015 wurde von dem Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen lediglich ein Teilbetrag in Höhe von 8.500.000 € - und somit reduzierte Verpflichtungsermächtigungen - genehmigt. Da das Ministerium für Inneres und Bundesangelegenheiten den Jahresabschluss 2010 zugrunde lege, sei dieses zu dem Ergebnis gekommen, dass die Stadt Ahrensburg Schulden habe und Defizite erwirtschaftete. In den rückständigen Jahresabschlüssen, die jetzt erarbeitet wurden, sei jedoch erkennbar, dass tatsächlich vermutlich fünf Jahre Gewinn - entsprechend der hohen Liquidität auf städtischen Konten und der Tilgung von Schulden seit fünf Jahren - erwirtschaftet worden sei, sodass diese Auflage bei Zugrundlegung aktueller Zahlen nicht erfolgt wäre. Er appelliert an die Verwaltung, diese Ermächtigung eines Neukredits in Höhe von 2 Mio. € auch ausschließlich als Ermächtigung und nicht als Auftrag zu verstehen.

Stadtverordneter Bellizzi erklärt im Namen der FDP-Fraktion, dass im Nachtragshaushalt Mehrausgaben in Höhe von 60.000 € für die Erstellung der Jahresabschlüsse ausgewiesen seien. Die FDP-Fraktion geht davon aus, dass mit dem zusätzlichen Personal entsprechend dem Nachtragsstellenplan die Jahresabschlüsse zukünftig eigenständig erarbeitet und keine weiteren Mittel für die Erstellung der Jahresabschlüsse für die Fremdvergabe bereitgestellt werden.

Darüber hinaus stellt er aufgrund der unter dem Tagesordnungspunkt „Bericht des Bürgermeisters“ in dieser Stadtverordnetenversammlung erläuterten voraussichtlichen Mehrausgaben in Höhe von ca. 10 % für den Bau/Sanierung der Notunterkünfte für Flüchtlinge nachfolgend gemeinsamen fraktionsübergreifenden Antrag der FDP-Fraktion, CDU-Fraktion, SPD-Fraktion, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und WAB-Fraktion: „Es wird beantragt, den Haushaltstitel für den Bau bzw. die Sanierung von Flüchtlingsunterkünften um 10 % (170.000 €) im Investitionshaushalt zu erhöhen. Die Mehrausgaben werden durch Minderausgaben beim Haushaltstitel für den Ausbau bzw. Sanierung des Moorwanderweges gedeckt“.

Da voraussichtlich nach der Sommerpause ein 2. Nachtragshaushalt zu beschließen sei und während der Sommerpause im Rahmen des Moorwanderweges keine weiteren Maßnahmen aufgrund der Beschlüsse im Umweltausschuss zu erwarten seien, wird dieser Deckungsvorschlag vorgeschlagen.

Im Rahmen des 2. Nachtragshaushalts könnten diese Ausgaben dann durch die erwarteten Mehreinnahmen gedeckt werden.

Stadtverordneter Bellizzi erklärt, dass auch zukünftig weiterhin so gewirtschaftet werden sollte, dass Schulden mit dem Ziel der Schuldenfreiheit auch im Hinblick auf die Herausforderungen der kommenden Jahre, wie Bereitstellung von Flüchtlingsunterkünften und die anstehende Kommunalfinanzreform, gesenkt werden.

Bürgermeister Sarach bestätigt, dass der Kommunalkredit nur dann aufgenommen werde, wenn Liquiditätsprobleme dies gebieten. Bei der Gewerbesteuer besteht jedoch zurzeit eine Differenz bei den Einnahmen zum Plan Soll in Höhe von ca. 1,5 Mio. €.

Stadtverordneter Egan von der WAB-Fraktion verweist auf den Antrag der WAB-Fraktion AN/026/2015. Die WAB-Fraktion zieht die Position 1 dieses Antrags Produktsachkonto 53400.5431010 „Gutachten Fernwärme“ sowie Position 4 des Antrags Produktsachkonto 51100.0900060 „Rückkauf Speicher“ zurück. Zur Position 1 habe der Bürgermeister überzeugt, dass die Stadt für die Fernwärme verantwortlich sei. Die Position Produktsachkonto 51100.0900060 „Rückkauf Speicher“ soll mit einem Sperrvermerk versehen werden, sodass sich dieser Antrag erübrigt hat. Den Antrag auf Streichung des Kredits im Nachtragshaushalt und den damit korrespondierenden Zinsausgaben (Produktsachkonto 61200.5517000 sowie Produktsachkonto 61200.3217350) hält die WAB-Fraktion weiterhin aufrecht. Im Januar sei von der Stadtverordnetenversammlung gemeinsam im Rahmen der Haushaltsberatungen ein Haushalt ohne Kredite beschlossen worden. Seit 2011 habe die Stadt es geschafft, keine weiteren Kredite aufzunehmen und zusätzlich Kredite zu tilgen. Für den jetzigen Nachtragshaushalt wäre eine Kreditaufnahme nicht erforderlich gewesen, denn die Sanierung des Pionierweges und der Ausbau des Spechtweges würden in diesem Jahr nicht stattfinden.

Stadtverordneter Proske erklärt, dass sich die SPD-Fraktion dafür einsetzen würde, dass der Bund die Fördermittel für die Kommunen für die Bereitstellung von Flüchtlingsunterkünften erhöht.

Bürgermeister Sarach führt aus, dass der Innenminister im Rahmen seiner Haushaltsgenehmigung 2015 erklärt hat, dass bei nicht gegebener Liquidität kein Kassenkredit zulasten der Investitionen aufgenommen werden dürfe. Diese Lücke kann nur durch Kredite geschlossen werden.

Der Jahresabschluss 2014 ist Ende des Jahres 2015 fertiggestellt. Um die Erstellung der Jahresabschlüsse zu manifestieren, werden entsprechend Umorganisation erfolgen.

Stadtverordneter Levenhagen erklärt, dass die Selbstverwaltung die Mittel für die Jahresabschlüsse bereitgestellt habe und laut Organisationsgutachten die zusätzlichen 1,5 Stellen nicht erforderlich seien, um die Jahresabschlüsse zu erstellen. Insofern hätten die Jahresabschlüsse auch unabhängig von der Umorganisation in den vergangenen Jahren von den Mitarbeitern erstellt werden können.

14. Feststellung des Jahresabschlusses 2014 und Behandlung des Jahresergebnisses der Stadtbetriebe Ahrensburg

Stadtverordneter und Vorsitzender des Werkausschusses Herr Dr. Hoffmann hält den Sachvortrag.

Als Vorsitzender des Werkausschusses dankt er anschließend dem Leiter der Stadtbetriebe Herrn Wachholz und seinem Team für die geleistete Arbeit. Die Abwassergebühren wurden von 1,77 € auf 1,60 €, somit über 10 % gesenkt. Lobenswert ist auch die Arbeit des Bauhofes, unter anderem die Pflege der Grünanlagen.

Die Stadtverordneten stimmen anschließend dem Beschlussvorschlag der Vorlagen-Nr. 2015/079 zu.

Abstimmungsergebnis:

Alle dafür

gez. Roland Wilde
Vorsitzender

gez. Birgit Reuter
Protokollführerin